

Ökonomen rehabilitieren Europas Sozialstaat

Von Olaf Storbeck

Staatliche Eingriffe in Wirtschaft und Arbeitsmarkt bringen mehr als bislang gedacht, zeigt eine neue Langzeitstudie.

Was haben sie ihn kritisiert, heruntergeredet, verdammt - den Wohlfahrtsstaat. Seit Jahrzehnten machen liberale Ökonomen Front gegen die Idee, dass der Staat das Marktgeschehen zähmen und Einkommen von Reich zu Arm umverteilen sollte. Das sei nicht nur teuer und wirkungslos, sondern oft sogar kontraproduktiv. (...)

Eine Langzeitstudie von mehr als 150 Wissenschaftlern aus 14 Ländern stellt dieses Pauschalurteil nun nachhaltig infrage. Der Staat hat in Sachen Sozialpolitik offenbar einen größeren Gestaltungsspielraum, als es Ökonomen bislang vermutet haben. Die positiven Effekte zeigen sich aber nicht sofort, sondern oft erst nach Jahrzehnten - und sie manifestieren sich nicht in höherem Einkommen der Menschen, sondern in erster Linie in besserer Gesundheit und einer höheren Lebensqualität.

"In mancher Hinsicht ist der Wohlfahrtsstaat in Europa besser als sein Ruf", fasst der Mannheimer Ökonomie-Professor Axel Börsch-Supan die zentrale Botschaft zusammen. Er koordiniert das Forschungsprojekt mit dem Namen "Sharelife".

Seit dem Jahr 2004 haben die Forscher die kompletten Erwerbsbiografien, die aktuellen Lebensumstände und die Gesundheit von 28000 Europäern aus 13 Ländern analysiert. Sie konzentrierten sich auf Menschen, die 50 Jahre oder älter waren. Entstanden ist eine einzigartige Datensammlung, die es erstmals möglich macht, den langfristigen Einfluss von Wirtschaftspolitik auf Einkommen, Gesundheit und Lebenszufriedenheit zu untersuchen. In der vergangenen Woche präsentierten die Wissenschaftler in Brüssel neue Ergebnisse der 44 Millionen Euro teuren Mammut-Untersuchung.

Sie haben dem Wohlfahrtsstaat dabei keineswegs einen Blankoscheck ausgestellt. Längst nicht alles, was der Staat tut, wirkt so, wie es soll. So erweisen sich zum Beispiel großzügige Mutterschutz-Regeln als kontraproduktiv. Denn sie machen es Müttern nicht einfacher, Familie und Beruf zu verbinden. Stattdessen führen sie dazu, dass sich Frauen nach der Geburt ihres Kindes häufiger komplett vom Arbeitsmarkt zurückziehen - und dadurch im Alter finanziell schlechter gestellt sind.

Andere staatliche Eingriffe haben aber positive Effekte, die Volkswirte bislang nicht gesehen haben, weil sie sich ausschließlich auf die konkreten Wirkungen einzelner

Programme konzentrierten. (...) So werfen die Sharelife-Ergebnisse zum Beispiel ein ganz neues Licht auf die Frage, wie großzügig der Staat Arbeitslosen unter die Arme greifen sollte. Bisher sind Volkswirte überzeugt: Wer in Europa seinen Job verliert, dem geht es danach tendenziell zu gut. Das im Vergleich zu den Vereinigten Staaten recht hohe Arbeitslosengeld führe dazu, dass die Betroffenen sich bei der Suche nach einem neuen Job nicht genug anstrengen und zu wählerisch seien. Dies verschärfe die Arbeitsmarktprobleme - und mindere damit Wachstum und Wohlstand. Doch die neuen Daten zeigen: Eine gute Absicherung von Arbeitslosen hat langfristig positive Effekte. Der Staat kann damit die negativen Langzeitfolgen, die Arbeitslosigkeit für die Betroffenen hat, reduzieren.

Denn grundsätzlich gilt: Arbeitslosigkeit macht - mit vielen Jahren Zeitverzögerung - krank. Je häufiger und je länger ein Mensch in seinem Erwerbsleben auf der Straße steht, desto schlechter ist sein Gesundheitszustand im Alter. "Arbeitslosigkeit hinterlässt dauerhafte Narben", formuliert es Mathis Schröder, der am DIW Berlin die Sharelife-Daten ausgewertet hat. Je besser die Absicherung von Arbeitslosen in einem Land ist, desto geringer ist dieser Effekt. "Staatliche Unterstützung für Arbeitslose kann die Narben, die Arbeitslosigkeit hinterlässt, verringern", betont auch Börsch-Supan.

Einen ähnlichen Zusammenhang beobachten die Forscher mit Blick auf die Qualität von Arbeitsplätzen. Je schlechter das Betriebsklima und je weniger sich ein Beschäftigter in seinem Job entfalten kann, desto schlechter ist seine Gesundheit im Alter und desto häufiger leidet er unter Depressionen.

Auch diesen Effekt kann die Sozialpolitik abschwächen: Je mehr ein Land in die Weiterbildung seiner Arbeitskräfte investiert und je stärker es auf aktive Arbeitsmarktpolitik setzt, desto schwächer ist der Zusammenhang.

Auch die soziale Mobilität in einer Gesellschaft lässt sich mit der richtigen Sozialpolitik erhöhen, zeigen die Sharelife-Daten. Generell gibt es in allen Ländern einen Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft der Eltern und dem Erfolg der Kinder auf dem Arbeitsmarkt. Ein Indikator, an dem die Forscher dies festmachen, ist die Zahl der Bücher, die es im Elternhaus der Kinder gab. Wer in einem Haushalt aufwuchs, in dem es keine Bücher gab, verdiente in seinem ersten Job zwischen 30 und 50 Prozent weniger. Im Laufe der Jahrzehnte verkleinert sich diese Lücke zwar, aber sie schließt sich nie ganz.

Nur in Ländern, die in ihrer Bildungspolitik gezielt Kinder aus sozial schwachen Familien fördern, ist dieser Effekt spürbar geringer. "Gezielte Sozialpolitik verringert den Einfluss von Armut in der Kindheit auf Armut im höheren Alter", stellen die Forscher fest. (...)

SHARELIFE

Mammutprojekt Seit dem Jahr 2004 haben Wissenschaftler in 13 europäischen Staaten mehr als 28 000 Menschen interviewt, die mindestens 50 Jahre alt waren. Ein Viertel der Befragten war sogar älter als 75. Die Interviewten offenbarten alle Facetten ihrer Jugend, ihres Familien- und Berufslebens sowie ihres Gesundheitszustands.

Ergebnisse Dieser "Survey of Health, Ageing and Retirement" (Share) liefert Einblicke in die Lebensumstände Älterer, ihr Einkommen, ihre Gesundheit und ihre Lebenszufriedenheit. So zeigt sich zum Beispiel: Wer im Alter arm ist, ist auch gesundheitlich in schlechterer Verfassung und verfügt über weniger soziale Kontakte. Zudem gilt: Wer aus einer sozial schwachen Familie kommt, ist im Alter häufiger arm.

Der vollständige Artikel erschien im Handelsblatt am 29. November 2010.